

vPE WertpapierhandelsBank AG

München

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

DER VPE WERTPAPIERHANDELSBANK AG

1. MÄRKTE

Die Märkte waren in 2012 ein Spiegel der Einschätzungen der Marktteilnehmer zur Bewältigung der Finanzmarktkrise und insbesondere zum Festhalten am Euro durch die Teilnehmer am europäischen Währungsraum.

So gelang ein guter Start in das Jahr 2012. Bis in den März hinein konnten die relevanten Aktien-Indizes (DAX, Dow Jones Industrial, EUROSTOXX50) deutlich zulegen, der Euro blieb gegenüber USD, GBP, CHF und YEN zumindest stabil. Die Eurokrise schien überwunden oder zumindest unter Kontrolle.

In der Folge zeigten aber die mangelnde Bereitschaft der Politiker, bei nachlassendem Druck der Finanzmärkte Entscheidungen zur Lösung der Ursachen der Finanzmarktkrise zu finden oder vereinbarte Schritte umzusetzen sowie Aussagen und Analysen von Ratingagenturen und anderen "Spielern" am internationalen Geld- und Kapitalmarkt, dass eine Stabilität der Märkte noch lange nicht gesichert ist.

Und so war ab Mitte März das Vertrauen der Märkte in die Entscheidungskraft der Politik insbesondere im Euroraum bereits wieder zerstört und machte den Befürchtungen/Erwartungen an ein Auseinanderbrechen des Euro bzw. einer Überforderung der Rettungspakete Platz. Insbesondere die Länder Spanien, Portugal sowie das Schwergewicht Italien standen mit dem Rücken zur Wand.

Doch dann reichten "einige Worte" aus, um die Krisensituation in der Eurozone deutlich zu entspannen. Gesprochen hatte sie Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), als er im September verkündete, die EZB werde unter bestimmten Umständen unbegrenzt Staatsanleihen von in Not geratenen europäischen Ländern kaufen. Nach dem bereits im Juli abgegebenen Bekenntnis zum Euro eine weitere starke und unmissverständliche Ansage. Die Eurostaaten zahlten fortan am Kapitalmarkt geringere Risikoaufschläge, der Euro stabilisierte sich wieder, die Börsen in der ganzen Welt erholten sich stetig und am wichtigsten: Die grundlegenden Zweifel am Fortbestand des Euro waren ebenso vom Tisch wie die Furcht vor einem Auseinanderbrechen der Eurozone.

Der Anleger war mit einer in diesem Jahr derart politisch geprägten Marktentwicklung komplett überfordert; zu stark war die Volatilität in den Märkten, zu unterschiedlich die Meinungen und zu ungewiss der Ausgang der politischen und finanzpolitischen Entscheidungen und deren Erfolgchancen. Dabei hatte der Investor bei diesen extrem niedrigen Zinsen und einer höheren realen Inflationsrate eigentlich keine andere Wahl, neben Immobilien auch Börseninvestments zu tätigen, um sein Vermögen zu schützen, aufzubauen bzw. zu vermehren.

Unabhängig von dem wechselnden Vertrauen der Bevölkerung in stabile Finanzmärkte und die Entscheidungsfähigkeit der Politik ist das Vertrauen in die Bankenwelt auf einem Tiefpunkt angelangt. Neben dem Verhalten in- und ausländischer "Großbanker" trägt dazu auch die permanente Geißelung durch die Politik bei, die nicht müde wird zu betonen, dass die Verantwortung für die derzeitige Krise die Banken tragen und damit von den eigentlichen Ursachen der Staatsverschuldung ablenkt.

Die damit einhergehenden zusätzlichen Auflagen für die Geschäftstätigkeit der Banken und Finanzdienstleister stellen für die einzelnen Institute der Branche aber Chance und Herausforderung zugleich dar. Wem es gelingt, die neuen und umfangreichen aufsichts- und verbraucherrechtlichen Vorgaben zu erfüllen und dabei weiterhin sich intensiv um den bestehenden und potenziellen Kunden kümmern kann, der hat das Potenzial seinen Marktanteil auszubauen. Da jedoch zusätzliche Vorgaben mit zusätzlichen Kosten verbunden sind, ist Effizienz und Kostendisziplin für einen soliden nachhaltigen Ertragszuwachs in der Finanzdienstleistungsbranche unerlässlich.

Und so war 2012 doch wieder ein schwieriges Jahr.

2. VPE WERTPAPIER HANDELSBANK AG

Das Geschäftsjahr 2012 war von folgenden Ereignissen und Einflussfaktoren geprägt:

Erstellen und Einreichen des Erlaubnisanspruchs auf Erweiterung der bestehenden Erlaubnis nach § 32 KWG für die nachfolgend aufgeführten Bankgeschäfte:

- Einlagengeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 1 KWG
-
- Kreditgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 KWG
- Depotgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 5 KWG

Im Rahmen des Erlaubniserweiterungsantrages: Prüfung der Einbindung der bisherigen und neu geplanten Tätigkeiten der Gesellschaft in

- ein angemessenes Risikomanagement durch den Prüfungsverband deutscher Banken e.V. im Auftrage der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB), Berlin

- Zwei neue Mitarbeiter, die zu Vorständen bestellt werden, sobald die Erlaubniserweiterung seitens der BaFin genehmigt ist
- Investorenauswahl für die geplante Kapitalerhöhung der Gesellschaft um TEUR 5.000
- Intensive Vorbereitungen zur Erstellung der Infrastruktur einer Bank entsprechend der beantragten Erweiterung der Geschäftstätigkeit
- Vollumfängliche Betriebsprüfung durch das Finanzamt München für die Jahre 2006 bis 2010
- Wechsel der Börsennotierung der vPE WertpapierhandelsBank AG vom First Quotation Board in den Freiverkehr (Open Market, Entry Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse (FWB)
- Auslagerung der Internen Revision an KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft
- Wechsel im Aufsichtsrat der Gesellschaft
- Schwierige Märkte in einem Umfeld, das wesentlich von politischen Entscheidungen abhängig ist und weniger von makroökonomischen Entwicklungen
- Solider Kundenzuwachs

Vor dem Hintergrund dieser wesentlichen Einflussfaktoren gingen die Provisionserträge von TEUR 7.661 um TEUR 840 bzw. 10,96 % auf TEUR 6.821 zurück.

Die Provisionsaufwendungen reduzierten sich von TEUR 6.141 um TEUR 885 bzw. 14,41 % auf TEUR 5.256.

Damit verbesserte sich der Provisionsüberschuss leicht von TEUR 1.520 auf TEUR 1.565, was einem Zuwachs von TEUR 45 bzw. 3,09 % entspricht.

Die Provisionserträge und -aufwendungen im Einzelnen nach Geschäftsfeldern:

Im Geschäftsfeld Anlage- und Abschlussvermittlung, bei dem die Gesellschaft mit über § 2 Abs. 10 KWG angebotenen Vermittlern (vgV) zusammenarbeitet, kam es zu negativen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Provisionserträge gingen von TEUR 4.038 um TEUR 478 bzw. 11,82 % auf TEUR 3.560 zurück. Grundsätzlich waren wir mit der Entwicklung des Geschäftsfeldes nicht zufrieden. Hier hat die starke Volatilität und Unsicherheit an den Börsen einen erheblichen Einfluss auf das Anlageverhalten unserer Kunden gehabt. Das Provisionsergebnis belief sich auf TEUR 699, also TEUR 96 bzw. 12,08 % weniger als in 2011.

Beim Geschäftsfeld Online-Trading/Derivate-Handel im Rahmen der Anlage- und Abschlussvermittlung lagen die Provisionserträge bei TEUR 32 gegenüber TEUR 41 im Vorjahr. Das Provisionsergebnis betrug TEUR 12.

Im Bereich Vermögensverwaltung mit Aktien und Fonds gingen die Provisionserträge von TEUR 245 um TEUR 78 bzw. 31,84 % auf TEUR 167 zurück. Die passive bzw. vorsichtige Vermögensverwaltungsstrategie der Gesellschaft führte zu diesen Mindereinnahmen. Das Provisionsergebnis betrug TEUR 109.

Das Provisionsergebnis, welches die vPE WertpapierhandelsBank AG mit ihren eigenen Mitarbeitern in der Anlage- und Abschlussvermittlung erzielt, reduzierte sich von TEUR 44 um TEUR 16 auf TEUR 28. Das hohe Arbeitsaufkommen aus dem täglichen Geschäftsbetrieb lässt hier nicht mehr zu.

Der Geschäftsbereich Asset Management fiel deutlich hinter unsere Erwartungen zurück. Das schwierige Marktumfeld führte zu verhaltenen Strategien bei den bestehenden Depots. Gleichzeitig halbierte ein großer institutioneller Investor sein Transaktionsvolumen. Die Provisionserträge gingen von TEUR 1.109 um TEUR 490 bzw. 44,18 % auf TEUR 619 zurück. Der Provisionsüberschuss betrug TEUR 93. Hier arbeiten wir mit ehemaligen Mitarbeitern von US-Brokern und deutschen Banken im Rahmen von Haftungsübernahmen zusammen und betreuen wohlhabende Privatkunden und institutionelle Investoren.

Der in Zusammenarbeit mit DJE Investment S.A., Luxembourg, (KAG) und der DZ Bank Intl. S.A., Luxembourg, (Depotbank) aufgelegte Aktienfonds nach Luxemburger Recht mit dem Namen LuxTopic VPE Pentagon wurde am 15.12.2011 auf Initiative der KAG aufgelöst und der Liquidationserlös entsprechend an die Anteilhaber des Investmentfonds ausbezahlt. Zum 15.12.2011 wurde der Fondsmanagementvertrag ebenfalls gelöst. Folglich kam es hier in 2012 zu keinen Provisionseinnahmen mehr; im Vorjahr TEUR 20.

Das Geschäftsfeld Finanzkommissionsgeschäft legte weiter zu, allerdings nicht so sehr wie in 2011. Im Rahmen des Finanzkommissionsgeschäftes bietet die Gesellschaft ihren Kunden vorrangig den Forex-/Devisenhandel an und vereinzelt auch den Handel mit CFDs. Die Provisionserträge stiegen von TEUR 2.165 auf TEUR 2.414. Das ist ein Zuwachs von TEUR 249 bzw. 11,50 %. Die Provisionsaufwendungen lagen bei TEUR 1.779. Entsprechend betrug der Provisionsüberschuss TEUR 635. Das Interesse der Anleger am Forex-Handel ist mangels Investmentalternativen weiterhin sehr groß.

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf TEUR 184 gegenüber TEUR 202 im Vorjahr. Die Gesellschaft profitierte hier in Höhe von TEUR 142 von einem geschlossenen Vergleich, verbunden mit der Auflösung der hierfür gebildeten Rückstellung, die 2010 in Höhe von TEUR 186 gebildet worden war. In einem Rechtsstreit wurde die Gesellschaft gesamtschuldnerisch mit Pershing LLC. verurteilt, an

den Kläger TEUR 156 zuzüglich Zinsen zu bezahlen. Die weiteren sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich in erster Linie aus Wechselkursdifferenzen gegenüber dem US-Dollar.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich trotz intensiver Sparmaßnahmen von TEUR 1.499 um TEUR 121 oder 8,07 % auf TEUR 1.620, insbesondere in Zusammenhang mit den vorbereitenden Maßnahmen zur Erweiterung der KWG-rechtlichen Erlaubnis.

Dass trotz Einstellung von Personal die Aufwendungen für Löhne und Gehälter um TEUR 132 bzw. 16,40 % auf TEUR 673 reduziert werden konnten, ist ausschließlich dem Gehaltsverzicht des Managements zuzuordnen. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung betragen TEUR 42; ein Rückgang um TEUR 10.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf TEUR 906 und verzeichneten somit einen Anstieg von TEUR 264 oder 41,28 % gegenüber TEUR 642 in 2011.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Die Aufwendungen für Büromiete erhöhten sich um TEUR 32 auf TEUR 134. Die Gesellschaft hat Mitte April 2011 neue und erheblich größere Büroräume an derselben Adresse bezogen, sodass in 2012 die höheren Mietkosten erstmals für ein volles Geschäftsjahr anfielen.

Weitere notwendige Verwaltungsaufwendungen wie Buchführung, IT/EDV-Wartung, Internet, Porto, Beiträge, Bewirtung, Bürounterhalt, Telefon, Fax, Börsengebühren, Versicherungen, Aufsichtsratsvergütungen etc. waren mit TEUR 474 um TEUR 58 oder 13,94 % höher als im Vorjahr. Der Plan des Managements, diese Kosten ungefähr auf Vorjahresniveau zu halten, wurde somit erfolgreich umgesetzt, da der Anstieg lediglich bei den Beiträgen/Abgaben an die Aufsichtsbehörden und den EdW um TEUR 49 zunahm und somit die anderen Aufwendungen nahezu konstant blieben.

Abschluss- und Prüfungskosten der vPE waren mit TEUR 142 um TEUR 53 viel höher als im Vorjahr. Die Gründe hierfür sind zum einen die Auslagerung der Internen Revision an KPMG und zum anderen Kosten im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung des Finanzamts München für die Jahre 2006 bis 2010, die im Ergebnis zu keinen Beanstandungen geführt hat.

Die Rechts- und Beratungskosten erhöhten sich von TEUR 34 um TEUR 122 auf TEUR 156. Verantwortlich hierfür ist das Bestreben der Gesellschaft, die Vollbanklizenz zu erwerben. Dabei hat die Prüfung durch den Bankenverband alleine TEUR 75 gekostet. Weitere Kosten entstanden bei der Auswahl geeigneter Investoren, die die geplante Kapitalerhöhung in Höhe von TEUR 5.000 zeichnen sollen. Zusätzliche Kosten entstanden im Zusammenhang mit der Beratung und Unterstützung bei dem laufenden Banklizenzgenehmigungsverfahren.

Die Verteidigungs- und Prozesskosten hatten einen größeren Einfluss auf das Geschäftsjahr 2012 als im Vorjahr. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen, beliefen sie sich auf TEUR 156, was einem Zuwachs von TEUR 83 entspricht. Davon entfielen TEUR 34 auf Verteidigungskosten, um vor Gericht Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. TEUR 122 auf zwei außergerichtliche Vergleiche, um potenzielle größere Schäden von der Gesellschaft abzuwenden.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2012 lagen bei TEUR 47 und damit um TEUR 7 niedriger. Für die Webseite sind hier TEUR 22 und für Büromöbel TEUR 17 enthalten.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 87. Im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 66 ausgewiesen.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag geprägt von Forderungen an Kreditinstitute über TEUR 632 (entsprechen 13,14 % der Bilanzsumme), die ganz überwiegend auf liquide Mittel in Form von Kontokorrent- und Sparguthaben entfallen, sowie von Forderungen an Kunden über TEUR 334 (entsprechen 6,94 % der Bilanzsumme) aufgrund von Provisionsforderungen und Sicherheitsleistungen. Treuhandforderungen bestehen in Höhe von TEUR 3.648 (entsprechen 75,83 % der Bilanzsumme).

Die Passivseite der Bilanz ist geprägt von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden über TEUR 213 (entsprechen 4,43 % der Bilanzsumme), überwiegend aus noch abzuführenden Provisionen, Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 3.648 (entsprechen 75,83 % der Bilanzsumme), Rückstellungen über TEUR 101 (entsprechen 2,10 % der Bilanzsumme), davon TEUR 45 für Prozesskosten, und dem Eigenkapital in Höhe von TEUR 827 (entsprechen 17,20 % der Bilanzsumme).

Die dargelegte Ertrags-/Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist unter Berücksichtigung der wesentlichen Einflussfaktoren als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Zum 31.12.2012 waren 37 gebundene Agenten, vgVs, (Haftungsübernahme nach § 2 Absatz 10 KWG) für die Gesellschaft tätig. Davon 1 vgV im Bereich der Vermittlung von Vermögensverwaltungsangeboten, 32 vgV im Bereich Anlage- und Abschlussvermittlung und 4 vgV im Bereich Asset Management. Innerhalb des Jahres kam es zu 8 Neuanmeldungen und 18 Abmeldungen. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Anzahl der Vermittler damit um 10 gebundene Agenten.

Sitz der Gesellschaft ist München, von wo aus die Gesellschaft ihre Geschäftstätigkeit betreibt. Eine unselbstständige Zweigstelle besteht in Berlin, in der die Gesellschaft einem Teil der vgVs in Berlin einen ausgestatteten Arbeitsplatz für Repräsentationszwecke zur Verfügung stellt.

3. RISIKOBERICHT

Die vPE WertpapierhandelsBank AG sieht sich als Wertpapierhandelsbank bei ihrer Geschäftstätigkeit Marktpreisrisiken, Adressrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken, insbesondere in Form von Betriebsrisiken, Personalrisiken, Rechtsrisiken und Outsourcing-Risiken gegenüber.

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft als solches, das schwerpunktmäßig die Finanzdienstleistung in volatileren Kapitalanlagen und die Zusammenarbeit mit Finanzvermittlern vorsieht, ist, wie bereits die Vergangenheit gezeigt hat, mit erheblichen strategischen Risiken verbunden. Diese konkretisieren sich in einer Veränderung der Rechtsnormen in Form von neuen oder geänderten Gesetzen oder aber auch

einer anderen Anwendung bestehender Normen durch die Rechtsprechung oder Aufsicht. Auch der Wegfall von umsatzstarken Finanzvermittlern (vgVs) kann erheblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung haben.

Im Hinblick auf diese strategischen Risiken werden von der Geschäftsleitung laufend Möglichkeiten zur Veränderung des Geschäftsmodells bis hin zur Beantragung weiterer Erlaubnisbereiche analysiert. Im Zuge dessen besitzt die Gesellschaft in Amerika auch die Mitgliedschaft bei der Finanzmarktaufsicht FINRA (Financial Industry Regulatory Authority), um ein größtmögliches Maß an Flexibilität für ihr Dienstleistungsangebot an den amerikanischen Aktienmärkten zu haben. Nach intensiver Vorbereitung und Planung in 2011 hat die vPE WertpapierhandelsBank AG Anfang Januar 2012 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht den Antrag auf Erlaubnisweiterung für das Kredit-, Einlagen- und Depotgeschäft gestellt. Dieser Schritt soll nicht nur mehr Wachstum und Ertrag für die Gesellschaft bringen, sondern auch mehr Unabhängigkeit und Flexibilität. Denn die Finanz- und Bankenkrise hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, dass die vPE WertpapierhandelsBank zum Wohl ihrer Kunden ihre Abhängigkeit von anderen Banken und Brokern reduzieren muss und deswegen selbst über alle Lizenzen verfügen sollte, die für unser Geschäftsmodell erforderlich sind.

In 2012 wechselte die Börsennotierung der vPE WertpapierhandelsBank AG vom First Quotation Board in den Freiverkehr (Open Market, Entry Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse (FWB). Dies ist eine deutliche Aufwertung, aber aufgrund des weiterhin niedrigen Marktsegmentes und der sich daraus ergebenden geringeren Anforderungen sieht die Gesellschaft nur kleinere Risiken. Ein Reputationsverlust könnte allerdings bei einem starken Kursrückgang erfolgen. In diesem Fall wären auch Kapitalerhöhungen schwierig. Die Gesellschaft bewertet die Risiken laufend im monatlichen MaRisk-Reporting.

Auch das Geschäftsfeld Finanzkommissionsgeschäft (Bankgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG) zielt darauf ab, strategische Risiken zu mindern. In dieser Kombination hat sich die vPE WertpapierhandelsBank AG eine besondere Position in Deutschland verschafft. Die breite Angebotspalette, die intensive Betreuung und die innovative IT-Anbindung für die Finanzvermittler sind eine solide Basis, um bestehende umsatzstarke und somit bedeutende Geschäftsverbindungen zu halten. Kommt es dennoch zur Beendigung einer umsatzstarken Partnerschaft, ist die Gesellschaft in der Lage, wie auch in der Vergangenheit bewiesen, diese durch die Gewinnung von neuen Finanzvermittlern zu kompensieren.

Der Umgang mit Marktpreisrisiken ist die zentrale Kompetenz der vPE Wertpapierhandels-Bank AG. Marktpreisrisiken wirken insbesondere auf die von der Gesellschaft als Finanzportfolioverwalter oder in der Anlageberatung betreuten Vermögen. Mittelbar können sich daraus aber auch Ergebnisrisiken für die vPE WertpapierhandelsBank AG ergeben, z.B. aufgrund einer performancebedingten Volumenreduzierung oder eines Abzugs der Vermögen oder auch nur durch einen Wegfall der Gewinnbeteiligungsvergütungen. Von Bedeutung sind auch Währungsrisiken aus dem US-Dollar. Diese wirken unmittelbar auf den Provisionsanspruch aus in die USA vermittelten Brokerumsätzen als auch auf Performanceansprüche auf in US-Dollar geführte Vermögen der Kunden. Die Gesellschaft versucht, diese Risiken durch einen zeitnahen Umtausch von verdienten Provisionen in Euro zu begrenzen. In 2012 waren die Bewegungen des US-Dollar ohne größeren Einfluss für die Gesellschaft.

Der Umfang der Bereitschaft zur Risikoinkaufnahme bei den Marktpreisrisiken spiegelt sich in den von uns angebotenen Risikostrategien wider. Wir unterteilen dabei in 7 Risikoklassen für unsere Kunden: Diese gehen von sicherheitsbezogen bis zu hoch spekulativen Investments und beginnen bei Investmentfonds und enden bei Futures, Devisen und Optionen. Entscheidend für die Anlagen der Kunden sind dann die persönlichen Vermögensverhältnisse, die Anlageerfahrung und die Kenntnisse der Funktionsweise und des Risikos in den einzelnen Finanzinstrumenten. Generell werden sowohl bei der Beratung als auch bei der Vermögensverwaltung in den einzelnen Risikoklassen alle Formen der Investmentanalyse berücksichtigt. Hierbei werden externe Quellen als auch ausschließlich für den eigenen Gebrauch selbst erstellte Analysen für die Entscheidungsfindung herangezogen und die jeweiligen Investments täglich überwacht.

Adressrisiken spielen nach unserer Beurteilung für unsere Gesellschaft unmittelbar und mittelbar nur eine untergeordnete Bedeutung. Wir arbeiten nur mit bonitätsmäßig einwandfreien Adressen zusammen. Unsere liquiden Mittel, soweit es sich nicht um Provisionsforderungen oder Sicherheitshinterlegungen handelt, werden überwiegend bei der Deutsche Bank AG gehalten.

Liquiditätsrisiken sind bei der Gesellschaft begrenzt, da die monatlichen Provisionsforderungen in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf die bei der Deutsche Bank AG geführten Konten eingehen. Zum Aufstellungszeitpunkt des Lageberichts waren alle wesentlichen Forderungen aus Provisionsansprüchen bezahlt.

Bezüglich der Bonitätsrisiken im Sinne von Emittenten-Risiken bei den von uns betreuten Vermögen ist mit gleicher Begründung wie bei den Marktpreisrisiken wiederum nur ein mittelbares Risiko für die vPE WertpapierhandelsBank AG zu sehen. Das Bonitätsrisiko wird dabei im Rahmen der Einzeltitelauswahl auf Basis öffentlich zugänglicher Bonitätseinschätzungen berücksichtigt.

Operationelle Risiken sehen wir für die vPE WertpapierhandelsBank AG insbesondere in der EDV-Sicherheit, bei den Rechtsrisiken und im Personalbereich, wobei dieser Bereich neben den festangestellten Mitarbeitern auch die Finanzvermittler umfasst.

Zur Datenerhaltung und deren Sicherung besteht ein vollumfassendes Konzept. Tägliche, wöchentliche und monatliche Sicherungen garantieren im Störfall die Wiederherstellung in kürzester Zeit. Für Hardwaredefekte besteht ein Service-Vertrag, der vier Stunden Reaktionszeit an 365 Tagen im Jahr garantiert. Zusätzlich besteht ein IT-Service-Vertrag, der bei Bedarf sofortige Hilfe liefert. Sollte dieser ausfallen, besteht ein zweiter Vertrag eines weiteren IT-Service-Anbieters, der dann einspringt. Wir haben ein entsprechendes Notfallkonzept erstellt, das sowohl bei EDV- als auch bei Telekommunikations- und Stromausfällen die fortlaufende Funktionsfähigkeit des Geschäftsbetriebes gewährleistet; auch außerhalb der Büroräume im Falle eines Totalausfalls der Stromversorgung des Stadtteils.

Bei der EDV haben wir in 2012 keine geschäftsbeeinflussenden Störungen/Ausfälle gehabt. Verbesserungen wurden wie folgt vorgenommen:

Aufgrund der guten Erfahrung mit den virtuellen Servern wurde schrittweise begonnen, eine virtuelle Infrastruktur zu planen und aufzubauen. Zu dem ESXi Server 1 wurde ein Fallback-Server (ESXi Server2) installiert. Auf diesem Server können bei Ausfall des ersten Servers dessen virtuelle Systeme aus den Backups wiederhergestellt werden. In der Evaluierungsphase von VMware 5.0 wurden verschiedene weiterführende Techniken wie VMware HA (.High Availability) und VMware FT (Fault Tolerance) für die Betriebssicherheit getestet. Beide Server wurden von VMware ESXi 4.01 auf VMware ESXi 5.0 migriert.

Zur Verwaltung der ESXi Hosts wurde VMware Vcenter als Virtuelle Appliance installiert. Zur Vereinfachung des Parallelbetriebs von Handelssystemen wurde ein Virtueller PC auf einem ESXi Server installiert, der mittels RemoteDesktop Zugriff von beliebigen PC-

Arbeitsplätzen aufgerufen werden kann. Zur besseren Administration wurde der bisherige physische Administrations Server mit Windows 2003 virtualisiert und ebenfalls auf einem ESXi Server gehostet. Der Server dient zur zentralen Steuerung der Antivirensoftware sowie der Backup & Restore Software für die PCs. Die Unterbrechungsfreie Stromversorgung wurde mit Umgebungsdetektoren für Luftfeuchtigkeit und Temperatur sowie einem Netzwerkm modul zur Anbindung an die virtuelle Infrastruktur erweitert. Nach dem erfolgreichen Einsatz von Windows 7 auf dem Technik PC wird Windows 7 auch auf drei weiteren Produktivsystemen eingesetzt. Bei der Backupsoftware von Acronis wurde eine Aktualisierung auf die Version 11.5 vorgenommen. Bei einer Betriebssystemstörung eines PCs ist es nun von jedem Arbeitsplatz aus möglich, beim Neustart einen Restore auf Basis des letzten Backups einzuleiten, diese Technik wurde bereits auf mehreren Arbeitsplätzen erfolgreich eingesetzt. Für ein sogenanntes Bare Metal Restore der ESXi-Server wurde die zusätzliche Software Acronis VM-Protect 8 installiert. Mit dieser Software ist es möglich, die kompletten ESXi Hosts und alle darauf befindlichen virtuellen Maschinen zu sichern und wiederherzustellen.

Die Personalrisiken bei den festangestellten Mitarbeitern beurteilen wir als überschaubar, da einerseits der Vorstand in alle wesentlichen Abläufe unmittelbar einbezogen ist und andererseits die Räumlichkeiten der Gesellschaft eine unmittelbare Überwachung der Mitarbeiter im Tagesgeschäft stützen.

Für die Führung des Vertriebs haben wir neben anspruchsvollen Auswahlkriterien, die über eine Anbindung eines Vermittlers (vgVs) entscheiden und umfangreichem nachfolgenden intensiven Schulungsmaterial für die vgVs auch umfangreiches Dokumentationsmaterial vorgesehen, dass durch den Kunden vor Aufnahme der Geschäftsbeziehung zusammen mit dem Vermittler auszufüllen ist und Aufschluss darüber gibt, ob der vgV seinen Aufklärungs- und Beratungspflichten nachgekommen ist. Diese Unterlagen werden durch den Vorstand selbst auf Vollständigkeit und Plausibilität hin beurteilt, bevor es zur Finanzdienstleistung mit dem Kunden kommt. Darüber hinaus sind die Vorstände in die Abwicklung der Aufträge unmittelbar eingebunden und halten auch die Entwicklung der Kundenportfolios im Blick. Die Compliance-Stelle erfüllt darüber hinaus eine wesentliche Kontrollfunktion. Sie nimmt ihre Aufgaben dauerhaft und unabhängig von Geschäfts-, Handels- und Abwicklungsabteilungen wahr. Die Compliance-Stelle ist unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt und handelt im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung weisungsunabhängig. Die Compliance-Stelle nimmt weitere Funktionen im Zusammenhang mit den gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und organisatorischen Anforderungen bei der Gesellschaft wahr. So ist der Compliance-Officer auch für den Kontakt zur BaFin, zu den Strafverfolgungsbehörden sowie zu den externen Prüfern der Gesellschaft verantwortlich. Die Compliance-Funktion hat gemäß § 33 Abs. 1 Satz 2 WpHG bzw. § 12 Abs. 3 WpDVerOV die Verantwortung für die Überwachung und regelmäßige Bewertung der Einhaltung sämtlicher Vorschriften des WpHG. Dazu gehört gemäß § 12 WpDVerOV zusätzlich auch die Beratungs- und Unterstützungsfunktion für Mitarbeiter im laufenden Geschäftsbetrieb, insbesondere der gebundenen Vermittler. In 2012 haben umfangreiche Nachschulungen stattgefunden. Seit 2012 ist die Compliance-Funktion bei dem neuen zukünftigen Vorstand der Gesellschaft angesiedelt. Zusätzlich wurde eine weitere qualifizierte Mitarbeiterin eingestellt, die den Compliance-Officer vollumfänglich in diesem Aufgabenbereich unterstützt.

Wir sind überzeugt, mit diesen Maßnahmen eine maximale Vorsorge zur Begrenzung von Rechtsrisiken aus diesem Bereich für die Gesellschaft geschaffen zu haben.

Seit 2011 hat die Gesellschaft für sich und ihre gebundenen Vermittler wieder eine neue Vermögensschadenshaftpflichtversicherung mit der Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft abgeschlossen. Hierbei werden Schäden bis zu TEUR 1.000 pro Versicherungsfall und TEUR 2.000 pro Versicherungsjahr abgedeckt.

Ein grundsätzliches Rechtsrisiko lässt sich im Hinblick auf die immer wieder offensichtlich einseitig anlegerfreundliche Rechtsprechung bei den von uns angebotenen Finanzdienstleistungen nicht ausschließen, wenn unsere Gesellschaft auch wiederholt bei offensichtlich ungerechtfertigten Klagen von ehemaligen Kunden zuletzt gerichtlich obsiegt hat. Bezüglich endgültiger Urteile, anhängigen Klagen, Klageandrohungen und Revisionsklagen sind wir mit unseren Rückstellungen aus den vorherigen Jahren den Einschätzungen und Beurteilungen des die Gesellschaft vertretenden Rechtsbeistandes gefolgt. Nach der aktuellen Beurteilung unseres Rechtsbeistandes zum 31.12.2012 für die offenen Klagen und Beschwerden sind für das Jahr 2012 keine weiteren Rückstellungen zu bilden. Das Management ist dieser Ansicht gefolgt.

4. NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

5. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG

Basis-Szenario: 3,5 % BIP-Wachstum weltweit, leicht höher als 2012 (3,2 %)

— Wirtschaft in Deutschland und Nordeuropa weiterhin stark

— Langsame Erholung der Euro-Zone; ausgedehnte Reformen und Konsolidierungskurs

— Weitere Erholung der USA

— Sanfte Landung in China; weiteres Wachstum der aufstrebenden Märkte in Asien und Afrika südlich der Sahara

—

Abwärtsrisiken: größtenteils politischer Natur

— Euro-Krise: schwere Rezession in Peripherieländern des Euro-Raums; Ausgang der Wahlen in Italien erzeugt Unsicherheit

- Zwangskürzungen ("Sequester") und Erhöhung der Schuldenobergrenze in den USA: Die Unfähigkeit der Politik, einen Kompromiss zwischen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen zu finden, könnte das Wirtschaftswachstum erheblich beeinträchtigen und vorübergehend zu einer Rezession führen
- Konflikte im Nahen Osten können Öllieferung beeinträchtigen und dadurch die Benzinpreise weiter ansteigen lassen

Der Ausblick auf das Geschäftsjahr 2013 ist aus konjunktureller Sicht zwar leicht getrübt, dennoch stellen sich die Rahmenbedingungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt besser dar als noch vor einem Jahr. Große Teile der europäischen Wirtschaft sind 2012 in eine Rezession geraten, gleichzeitig spitzte sich die Finanz- und Staatsschuldenkrise weiter gefährlich zu, und die Zweifel am Fortbestehen der Europäischen Währungsunion waren unüberhörbar.

Vermutlich im Herbst 2012 dürfte jedoch ein Wendepunkt erreicht worden sein: Infolge des entschlossenen Handelns der Europäischen Zentralbank, die gemeinsame Währung zu bewahren und der Krise entgegenzutreten, aber auch dank manch politischer Fortschritte auf europäischer Ebene haben die Spannungen an den Finanzmärkten merklich nachgelassen. Die wachsende Zuversicht der Anleger ist Voraussetzung für eine Aufhellung des Geschäftsklimas der Unternehmen und eine Verbesserung des Verbrauchervertrauens.

Die leichte Aufwärtstendenz vieler Vorlaufindikatoren zum Jahreswechsel stimmt vorsichtig optimistisch, dass sich die europäische Wirtschaft in den kommenden Monaten erholt. Impulse kommen jedenfalls aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld, das sich zuletzt wieder deutlich verbessert hat.

Freilich wird die Erholung in vielen Ländern des Euroraums auf einem sehr niedrigen Niveau der wirtschaftlichen Aktivität stattfinden und nur zögerlich voranschreiten. Die fiskalpolitische Konsolidierung bringt nach wie vor eine stark negative Nachfragedämpfung mit sich; das hohe Volumen an notleidenden Krediten und die Korrektur an den Immobilienmärkten bewirkt zusammen mit den strengeren Eigenkapitalvorschriften für Finanzinstitute einen fortgesetzten Deleveraging-Prozess und belastet damit das Kreditgeschäft der Banken. Nicht zuletzt könnte das Wiederaufleben unerwünschter Rückkopplungseffekte zwischen der Qualität der Finanzaktiva von Banken und dem Länderrisiko verschiedener Staaten den gerade erst beginnenden Aufschwung zunichtemachen.

Für die deutsche Konjunktur bestehen hingegen gute Chancen für einen Aufschwung im Frühjahr. Die Rezession, die viele Mitgliedsländer des Euroraums erfasst hat, ist in Deutschland bislang nicht angekommen. Die heimische Wirtschaft verlief in 2012 sehr solide, und wengleich im Schlussquartal ein leichter Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verzeichnet wurde, so war dies wohl nicht mehr als eine Wachstumsunterbrechung. Die Weltwirtschaft hat wieder Tritt gefasst, und die Nachfrage aus dem Euroraum nach heimischen Gütern und Dienstleistungen sollte im Jahresverlauf 2013 auch wieder anziehen. Die Binnennachfrage wird in erster Linie durch den privaten Konsum gestützt; die Investitionsgüternachfrage der Unternehmen dürfte im Zuge einer steigenden Exportnachfrage ebenfalls an Fahrt gewinnen. Die wichtigsten Frühindikatoren der deutschen Wirtschaft haben im Spätherbst eine Trendwende vollzogen und deuten auf eine zunehmende Dynamik in den nächsten Monaten hin. Freilich setzt dies voraus, dass die Vertrauenskrise im Euroraum weiter abebbt und die wirtschaftspolitischen Reformanstrengungen fortgesetzt werden.

Tatsächlich sehen wir ein Wiederaufleben der krisenhaften Begleiterscheinungen - hohe Volatilität und Risikoaversion an den Finanzmärkten, Zweifel an der Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen und steigende Refinanzierungskosten, Uneinigkeit auf der Ebene europäischer Politik und instabile Regierungen - als das größte Risiko an. Davon abgesehen, werden sich die Rahmenbedingungen für den Finanzdienstleistungssektor auch im Geschäftsjahr 2013 herausfordernd gestalten. Auf EU-Ebene ist in der ersten Jahreshälfte der Abschluss dreier bedeutender regulatorischer Vorhaben geplant: die Umsetzung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften (Basel III) in Form der CRD IV und der CRR, die Einrichtung der gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum, deren Träger die Europäische Zentralbank sein wird, sowie ein Sanierungs- und Abwicklungsregime für Banken. Im Zusammenhang damit ist im Jahresverlauf 2013 auch mit der Verabschiedung der Richtlinie über die Einlagensicherung zu rechnen.

Ein für die Ertragsentwicklung des Bankensektors wesentlicher Indikator ist das Marktzinsniveau. Die europäische Zinslandschaft wird sich im Jahr 2013 voraussichtlich nur wenig ändern. Unter der Voraussetzung einer sich fortsetzenden Eindämmung der Finanz- und Schuldenkrise sollten die Risikoaufschläge der Peripheriestaaten weiter sinken, während die infolge des "safe haven"-Effekts nach unten verzerrten Renditen der bonitätsstarken Länder leicht aufwärts tendieren könnten. Die kurzfristigen Zinsen werden nur dann merklich in Bewegung geraten, wenn sich der unbesicherte Interbankenmarkt wieder stärker belebt. Das niedrige Marktzinsniveau erschwert jedenfalls eine vernünftige Konditionsgestaltung bei den Kundeneinlagen, während das Aktivgeschäft von einer vergleichsweise geringen Kreditnachfrage und einem anhaltenden Abbau der Risiken geprägt ist.

Die vPE Wertpapierhandelsbank AG hat bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Ertragsbasis der Bank zu festigen und weiter auszubauen. Durch die im Januar 2012 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beantragte Erlaubniserweiterung beabsichtigt die Bank, ihre Produktpalette um das Einlagen-, Depot- und Kreditgeschäft zu ergänzen. Somit erschließen sich neue Geschäftsfelder mithilfe derer auch eine stärkere Kundenbindung erreicht werden soll. Der Ausbau des Kerngeschäfts und der Anspruch, in allen Belangen kundennah und den Bedürfnissen der Kunden entsprechend zu agieren, sind die Basis für ein nachhaltiges und profitables Wachstum in den kommenden Jahren.

Aufgrund der angestrebten Erlaubniserweiterung sind im Geschäftsjahr 2013 größere Investitionen, insbesondere im EDV-Bereich, geplant, die nicht sofort durch Mehreinnahmen aufgrund der Erlaubniserweiterung kompensiert werden können.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank wird sich durch die Erlaubniserweiterung in den kommenden Jahren weiter stabilisieren und sich insgesamt positiv entwickeln.

Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet die Gesellschaft aufgrund der anstehenden Investitionen ein negatives Ergebnis. Ab dem Geschäftsjahr 2014 werden sich die Erträge aus der Investition in die Erweiterung des Erlaubnisumfangs auch positiv im Jahresergebnis widerspiegeln und zu einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis führen.

München, den 16. Mai 2013

Lars Lorenz Ewaldsen

Marquard Freiherr von Pfetten-Arnach

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012**Aktiva**

	31.12.2012	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		1.531,66	804,30
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	393.772,12		336.780,60
b) andere Forderungen	238.331,61		566.123,21
		632.103,73	902.903,81
4. Forderungen an Kunden		333.794,98	351.389,05
9. Treuhandvermögen		3.647.973,79	5.461.207,12
11. Immaterielle Anlagewerte			
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7.885,00	30.497,00
12. Sachanlagen		95.362,00	93.445,50
14. Sonstige Vermögensgegenstände		90.079,86	88.160,53
15. Rechnungsabgrenzungsposten		2.255,00	3.919,62
		4.810.986,02	6.932.326,93

Passiva

	31.12.2012	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		88,90	200,52
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig		212.960,37	265.429,70
4. Treuhandverbindlichkeiten		3.647.973,79	5.461.207,12
5. Sonstige Verbindlichkeiten		21.462,84	26.034,33
7. Rückstellungen			
c) andere Rückstellungen		100.835,00	264.638,42
12. Eigenkapital			
a) Gezeichnetes Kapital	767.500,00		767.500,00
b) Kapitalrücklage	337.500,00		337.500,00
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	66.400,76		66.400,76
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	-343.735,64		-256.583,92
		827.665,12	914.816,84
		4.810.986,02	6.932.326,93

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012	2012	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.070,48		5.315,81
2. Zinsaufwendungen	-29,20		-92,75
		2.041,28	5.223,06
5. Provisionserträge	6.821.536,00		7.661.497,05
6. Provisionsaufwendungen	-5.256.429,84		-6.141.522,00
		1.565.106,16	1.519.975,05
8. Sonstige betriebliche Erträge		183.960,85	201.891,38
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			

	2012	2012	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
aa) Löhne und Gehälter	-672.636,39		-804.708,96
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-41.568,09		-52.342,24
darunter für Altersversorgung: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)			
	-714.204,48		-857.051,20
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-906.174,71		-641.634,85
		-1.620.379,19	-1.498.686,05
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		-47.498,68	-54.315,60
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-170.382,14	-106.726,77
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-87.151,72	67.361,07
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		0,00	-807,00
27. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		-87.151,72	66.554,07
28. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr		-256.583,92	-323.137,99
34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)		-343.735,64	-256.583,92

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zur Offenlegung

Die vPE WertpapierhandelsBank AG, München, hat als Wertpapierhandelsbank und Kreditinstitut im Sinne des 01 Abs. 3d Satz 3 KWG auf ihren Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 grundsätzlich die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften anzuwenden. Nach §§ 340I Abs. 4 i.V.m. 325 Abs. 1 HGB besteht für die Gesellschaft die Verpflichtung, den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Bericht des Aufsichtsrates und den Bestätigungsvermerk beim elektronischen Bundesanzeiger einzureichen.

Bilanzierung und Bewertung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der allgemeinen und besonderen Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften und unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute, unter Beachtung der Bestimmungen des Aktiengesetzes sowie der spezifischen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind in Übereinstimmung mit § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB bilanziert. Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert waren nicht erforderlich.

Die immateriellen Anlagewerte wurden mit den Anschaffungskosten bewertet und linear auf vier sowie auf fünf Jahre abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Anlagenzugänge werden unter Berücksichtigung der geschätzten Nutzungsdauer vorwiegend linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis netto EUR 410,00 wurden im Zugangsjahr 2012 in voller Höhe abgeschrieben. Bei geringwertigen Wirtschaftsgütern i.S.d. § 6 Abs. 2a EStG wurde in den Vorjahren ein Sammelposten gebildet. Die Abschreibung des Sammelpostens erfolgte im Anschaffungsjahr sowie in den folgenden vier Jahren mit jeweils einem Fünftel.

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten		
	01.01.2012	Zugang	Abgang
	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Anlagewerte			
Ähnliche Rechte und Werte	80.696,00		
Software	3.833,73	0,00	
	84.529,73	0,00	0,00
II. Sachanlagen			
Bauten auf fremdem Grundstück	12.669,54	0,00	
Büroeinrichtung	76.692,91	17.417,28	
Hardware	71.034,67	6.752,98	0,00
Übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.099,83	522,24	
GWG	0,00	2.110,68	2.110,68
GWG Sammelposten	29.429,84		
	191.926,79	26.803,18	2.110,68
	276.456,52	26.803,18	2.110,68

	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2012	Buchwert 31.12.2011	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Anlagewerte				
Ähnliche Rechte und Werte	75.221,00	5.475,00	27.380,00	21.905,00
Software	1.423,73	2.410,00	3.117,00	707,00
	76.644,73	7.885,00	30.497,00	22.612,00
II. Sachanlagen				
Bauten auf fremdem Grundstück	8.265,54	4.404,00	5.447,00	1.043,00
Büroeinrichtung	25.195,69	68.914,50	59.521,00	8.023,78
Hardware	65.437,15	12.350,50	12.999,50	7.401,98
Übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	979,07	1.643,00	1.547,00	426,24
GWG		0,00	0,00	2.110,68
GWG Sammelposten	21.379,84	8.050,00	13.931,00	5.881,00
	121.257,29	95.362,00	93.445,50	24.886,68
	197.902,02	103.247,00	123.942,50	47.498,68

Bei dem Treuhandvermögen handelt es sich um Treuhandforderungen sowie um Treuhandverbindlichkeiten aus Finanzkommissionsgeschäften.

Die Treuhandforderungen gliedern sich wie folgt auf:

Forderungen an Kreditinstitute (täglich fällig)	EUR	2.429.709,72
Forderungen an Kunden	EUR	1.218.264,07
Summe	EUR	3.647.973,79

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit den Nominalwerten angesetzt und bestehen im Wesentlichen aus:

Geleistete Anzahlungen	EUR	10.219,32
Forderungen gegen Personal	EUR	21.682,81
Mietkautionen	EUR	24.064,91
Körperschaftsteuerguthaben § 37 KStG	EUR	17.457,43
Umsatzsteuer laufendes Jahr	EUR	15.560,12

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Kunden sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich wie folgt auf:

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR	3.647.973,79
------------------------------------	-----	--------------

Die anderen Rückstellungen erfassen alle ungewissen Verpflichtungen, die zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung erkennbar waren. Diese entwickelten sich wie folgt:

	Stand zum 01.01.2012	Auflösung	Verbrauch	Zuführung	Stand zum 31.12.2012
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Prozesskosten	186.254,42	141.254,42			45.000,00
Tantieme	22.184,00		22.184,00		0,00
Jahresabschlussprüfung	39.000,00	1.128,27	37.871,73	33.000,00	33.000,00
Jahresabschlusskosten	10.700,00		10.700,00	9.335,00	9.335,00
Innenrevision	6.500,00		6.500,00	13.500,00	13.500,00
	264.638,42	142.382,69	77.255,73	55.835,00	100.835,00

III Sonstige Angaben zum Jahresabschluss

Die Fristengliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß § 9 RechKredV stellt sich wie folgt dar:

Andere Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist
EUR	EUR	EUR	EUR

	Andere Forderungen an Kreditinstitute EUR	Forderungen an Kunden EUR	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist EUR	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist EUR
Bis drei Monate	238.331,61	265.881,97	0,00	0,00
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00
Unbestimmte Laufzeit		67.913,01		

Sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten sind unbesichert.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zum 31. Dezember 2012 nominal EUR 767.500,00; eingeteilt in 767.500 Stückaktien ohne Nennbetrag.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 08. Dezember 2008 ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 30. November 2013 gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmal oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 365.000,00 zu erhöhen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden kann (genehmigtes Kapital).

Das verbleibende genehmigte Kapital beträgt zum 31. Dezember 2012 noch EUR 327.500,00.

Zum 31. Dezember 2012 bestanden in Höhe von EUR 738.370 auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände (davon Treuhandforderungen in Höhe von EUR 545.342) sowie in Höhe von EUR 558.187 auf Fremdwährung lautende Schulden (davon Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von EUR 545.342).

Die Bewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung erfolgte mit den von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Devisenkursen per 31. Dezember 2012.

Eventualverbindlichkeiten ist die Gesellschaft nicht eingegangen.

Nach § 2 Abs. 10 KWG waren unter der Haftung der Gesellschaft zum 31. Dezember 2012 37 Vermittler tätig und bei der BaFin gemeldet. Dieses sind 10 Haftungsnehmer weniger als zum 31. Dezember 2011.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB aus Mietverträgen für Büro- und Lagerräume in Höhe von TEUR 413 und mit einer Restlaufzeit von 40 Monaten.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 87.151,72. Im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 66.554,07 ausgewiesen.

Es ergibt sich unter Berücksichtigung eines Verlustvortrags in Höhe von EUR 256.583,92 ein Bilanzverlust von EUR 343.735,64.

Die Gliederung der Erträge nach Ländern gemäß § 34 Abs. 2 RechKredV stellt sich wie folgt dar:

	Deutschland 2012 TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge	2	5
Provisionserträge	6.821	7.661
Sonstige betriebliche Erträge	184	202
	7.007	7.868

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf EUR 183.960,85, davon aus Währungsumrechnung EUR 14.345,36 (im Vorjahr TEUR 202, davon Währungsumrechnung TEUR 51).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf EUR 170.382,14, davon aus Währungsumrechnung EUR 11.427,15 (im Vorjahr TEUR 107, davon Währungsumrechnung TEUR 29).

Auf das Geschäftsjahr 2012 entfallende Abschlussprüferhonorare betragen EUR (netto) 84.458,60.

Diese gliedern sich wie folgt:

a) Abschlussprüfungsleistungen	EUR	48.000,00
davon für das Vorjahr EUR 5.000,00		
b) andere Bestätigungsleistungen	EUR	36.458,60
davon für das Vorjahr EUR 6.458,60		

IV Mitarbeiter

Im Jahr 2012 wurden durchschnittlich 6 Mitarbeiter (ohne Vorstand) beschäftigt.

V Organe

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören folgende Mitglieder an:

Herr Jörg Sklebitz, Rechtsanwalt (Vorsitzender)

Herr Roderich Schaeetze, Rechtsanwalt/Steuerberater/Wirtschaftsprüfer (bis 17.08.2012)

Herr Markus W. Wenner, Rechtsanwalt

Herr Claus F. Vogt, Wirtschaftsprüfer (bestellt mit Wirkung zum 17.08.2012)

Herr Jörg Sklebitz erhielt 2012 EUR 5.000,00 Aufsichtsratsvergütung.

Herr Markus W. Wenner erhielt 2012 EUR 4.000,00 Aufsichtsratsvergütung.

Herr Claus F. Vogt erhielt 2012 EUR 2.178,08 Aufsichtsratsvergütung.

Die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Geschäftsjahr 2012 keine Bezüge. Dem Vorstand gehören folgende Mitglieder an:

Herr Marquard Freiherr v. Pfetten-Arnach, Rechtsanwalt

Herr Lars Lorenz Ewaldsen, Diplom-Kaufmann

Auf die Angabe der Organbezüge wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

VI Beteiligungen

Zum 31. Dezember 2012 besitzt die Gesellschaft keine Beteiligungen.

München, 16. Mai 2013

vPE WertpapierhandelsBank AG

Lars Lorenz Ewaldsen

Marquard Freiherr v. Pfetten-Arnach

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der vPE WertpapierhandelsBank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geist.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der vPE WertpapierhandelsBank AG, München, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 16. Mai 2013

Deloitte & Touche GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Knop, Wirtschaftsprüfer

Greibl, Wirtschaftsprüfer**Bericht des Aufsichtsrats über seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2012****der vPE Wertpapierhandelsbank AG**

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

der Aufsichtsrat erstattet über seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2012 wie folgt Bericht:

Der Aufsichtsrat hat auch im Geschäftsjahr 2012 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat den Vorstand sorgfältig und regelmäßig überwacht. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die Unternehmensplanung und strategische Gesamtplanung, die operative Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie alle wichtigen Geschäftsvorfälle der Gesellschaft regelmäßig schriftlich und mündlich berichtet. Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft sind mit dem Aufsichtsrat besprochen und ihm zur Zustimmung vorgelegt worden.

Im Geschäftsjahr 2012 fanden Aufsichtsratssitzungen am 23.05. und 28.11.2012 statt. Alle Sitzungen erfolgten unter Teilnahme aller Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus informierte sich der Aufsichtsrat, insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende, auch außerhalb der Sitzungen in persönlichen Besprechungen über die aktuelle Unternehmensentwicklung. Der Aufsichtsrat forderte den Vorstand auf, in regelmäßigen, vierteljährigen Abständen auf Basis der monatlich erstellten Auswertung der Finanzbuchhaltung über die wesentlichen finanziellen Eckdaten der Gesellschaft - die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie der Entwicklung der Kundenbeziehung und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung - zu berichten. Der Aufsichtsrat prüfte diese Eckdaten jeweils unter Heranziehung von Vorjahresvergleichen hinsichtlich ihrer zeitlichen Entwicklung. Plausibilität und Branchenüblichkeit. Die Risikolage der Gesellschaft wurde vom Aufsichtsrat insbesondere auf Grundlage des ihm vom Vorstand vierteljährlich zugeleiteten MaRisk-Reporting beurteilt. Alle wesentlichen Fragen betreffend den Geschäftsverlauf, die Unternehmensplanung, die strategische Weiterentwicklung und das Risikomanagement wurden in den persönlichen Besprechungen beantwortet und erläutert.

In der Aufsichtsratssitzung vom 23.05.2012 wurden der Bericht der Innenrevision für das Geschäftsjahr 2011 besprochen, sowie der Jahresabschluss 2011 erörtert und vom Aufsichtsrat festgestellt. Der Vorstand erstattete Bericht über den Verlauf des Geschäftsjahrs 2012 und stellte die Pläne der Verwaltung für das zweite Halbjahr 2012 vor. Der Aufsichtsrat prüfte die Planung des Vorstands unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Vertriebs- und Organisationsstruktur der Gesellschaft sowie unter Beachtung der nationalen und internationalen Markt- und Wettbewerbsentwicklung.

Weiterhin wurde auf der Aufsichtsratssitzung vom 23.05.2012 der Beschluss über die Festlegung der Tagesordnung für die Hauptversammlung am 25.07.2012 gefasst.

Im Rahmen der Aufsichtsratssitzung vom 28.11.2012 wurde zunächst ein neuer Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt, nachdem das bisherige Aufsichtsratsmitglied, Herr Roderich Schaetze, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war. Als neues Aufsichtsratsmitglied wurde Herr Claus Vogt am 25.07.2012 berufen und vom Amtsgericht München am 17.08.2012 bestellt. Das bisherige Mitglied des Aufsichtsrats, Herr Markus Wenner, wurde zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Hinsichtlich der anstehenden Verlängerung der Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder wurde vereinbart, sämtliche Verträge zunächst allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Prüfung vorzulegen, um im Rahmen eines weiteren Beschlusses über die Vertragsverlängerung zu beraten.

Seitens des Vorstandsmitgliedes Herrn Ewaldsen wurde über den Verlauf des Geschäftsjahrs 2012, insbesondere unter Berücksichtigung des vorgelegten Zwischenabschlusses zum 31.10.2012 sowie vorgelegter Reporting-Unterlagen berichtet. Das Vorstandsmitglied Herr von Pfetten erläuterte die Pläne für das Geschäftsjahr 2013 und informierte den Aufsichtsrat über den Verlauf der WpHG-Prüfung der BaFin.

Abschließend wurden zivilrechtliche Fragen erörtert.

Der Aufsichtsrat legte vor diesem Hintergrund auch im Geschäftsjahr 2012 wesentliches Augenmerk auf die regelmäßige Einsichtnahme in den wirtschaftlich und rechtlich relevanten Schriftverkehr der Gesellschaft und ließ sich regelmäßig über das Risikomanagement berichten.

Das Geschäftsjahr 2012 der vPE Wertpapierhandelsbank AG war wie schon das Vorjahr durch die europäische Schuldenkrise geprägt. Nach einer anfänglich positiven Entwicklung der Märkte und steigender Aktien-Indizes war das Vertrauen der Anleger in die Märkte bereits ab März schwer erschüttert, da den verantwortlichen Politikern und Bankern eine Lösung der Eurokrise nicht mehr zugetraut wurde, zumal sich abzeichnete, dass neben Spanien und Portugal eventuell auch Italien auf Hilfsleistungen angewiesen sein könnte. Durch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank im September, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen europäischer Länder anzukaufen, entspannten sich die Märkte sichtlich, da die in Not geratenen Eurostaaten nunmehr geringere Risikoaufschläge am Kapitalmarkt zu leisten hatten. Die starke Volatilität der Märkte über das gesamte Geschäftsjahr 2012 verunsicherte die Anleger und führte zu einer Vertrauenskrise zwischen Politik und Bankenwelt. Zahlreiche neue Auflagen der Gesetzgeber für die Geschäftstätigkeit der Banken und Finanzdienstleister führte zu zusätzlichen Herausforderungen für die gesamte Branche.

Die Provisionserträge verminderten sich um 10,96 % von T € 7.661 auf T € 6.821. Die Provisionsaufwendungen reduzierten sich von T € 6.141 um T € 885 bzw. 14,41 % auf T € 5.256. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich dagegen leicht von T € 1.520 um T € 45 auf T € 1.565. Die einzelnen Geschäftsfelder haben sich dabei rückläufig entwickelt. Im Geschäftsfeld Anlage- und Abschlussvermittlung, bei dem die Gesellschaft mit über § 2 Abs. 10 KWG angebotenen Vermittlern (vgV) zusammenarbeitet, gingen die Provisionserträge von T € 4.038 um T € 478 bzw. 11,82 % auf T € 3.560 zurück. Hier wirkte sich die Volatilität und Unsicherheit der Märkte besonders aus und führte zu einem Provisionsergebnis von nur noch T € 699, somit 12,08 % weniger als im Vorjahr. Im Bereich Vermögensverwaltung mit Aktienfonds gingen die Provisionserträge von T € 245 auf T € 167, somit 31,84 % zurück, das Provisionsergebnis betrug letztlich T € 109.

Auch die Geschäftsfelder online-trading/Derivate-Handel und Anlage- und Abschlussvermittlung mit eigenen Mitarbeitern waren rückläufig.

Wie im Vorjahr ließ sich der Aufsichtsrat in mehreren Besprechungen über die Entwicklung in den einzelnen Geschäftsfeldern sowie die Maßnahmen der Gesellschaft informieren und beurteilte diese unter Beachtung der allgemeinen Markttrends durch Heranziehung von Vorjahresvergleichen.

Im Geschäftsjahr 2012 bestanden keine Ausschüsse im Aufsichtsrat. Es wurden auch keine Ausschüsse neu gebildet.

Der vom Vorstand nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss 2012 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 wurde von der Deloitte und Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft. Der Abschlussprüfer erteilte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Dem Aufsichtsrat wurde rechtzeitig vor der die Bilanz feststellenden Aufsichtsratssitzung vom 17.06.2013 der Jahresabschluss zum 31.12.2012 einschließlich des Lageberichts zur Verfügung gestellt. Dieser Jahresabschluss wurde auf der Bilanz-Aufsichtsratssitzung gemeinsam mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer, der persönlich anwesend war, erörtert. Vom Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen und keine Einwände erhoben. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 171 AktG den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und den Jahresabschluss der Gesellschaft gebilligt. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für ihren fachlichen und persönlichen Einsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 Dank und Anerkennung aus.

München, den 17.06.2013

Für den Aufsichtsrat

Jörg Sklebitz, Vorsitzender des Aufsichtsrats